

Beschluss Leitantrag: Wem gehört die Stadt?

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 10. Leitantrag

Antragstext

- 1 Wenn man sich in Berlin umschaute, fragt man sich schnell: Für wen wird hier
- 2 eigentlich noch Politik gemacht? Für die Bewohner:innen unserer Stadt – oder
- 3 doch für Konzerne und reiche Investor:innen? Der Berliner Senat spart als erstes
- 4 an sozialen und kulturellen Einrichtungen, setzt den Volksentscheid “DWE & Co.
- 5 enteignen” nicht um, wodurch der Wohnungsmarkt immer noch einem Spießrutenlauf
- 6 gleicht. Jungen Menschen werden systematisch die Räume genommen, während
- 7 Wohnraum zum Spekulationsobjekt verkommt.

- 8 Als GRÜNE JUGEND Berlin werden wir dem Ausverkauf der Stadt nicht tatenlos
- 9 zusehen. Auf unserer Landesmitgliederversammlung “Wem gehört die Stadt”
- 10 beschäftigen wir uns damit, wie wir unsere Stadt wieder zurückholen können!

- 11 Wohnen ein Grundrecht – Wir sagen Spekulation den Kampf an!

- 12 Berlin ist längst zum Spielball von Investor*innen und Konzernen geworden, die
- 13 mit Wohnraum spekulieren, während immer mehr Menschen unter steigenden Mieten
- 14 und Verdrängung leiden. Die Konsequenz: Menschen mit geringem Einkommen,
- 15 Studierende, Azubis und Obdachlose werden systematisch aus der Stadt verdrängt,
- 16 während Luxussanierungen und Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen die
- 17 soziale Spaltung weiter verschärfen.

- 18 Doch diese Krise ist kein Naturgesetz – sie ist politisch gemacht. Statt sich
- 19 den Profitinteressen der Immobilienwirtschaft zu unterwerfen, braucht Berlin
- 20 endlich eine radikale Wende hin zu einer sozialen und gerechten Wohnungspolitik.
- 21 Der Schutz bestehender Mietverhältnisse muss oberste Priorität haben. Wir
- 22 fordern daher einen sofortigen Mietstopp nach Münchner Vorbild für sechs Jahre
- 23 mit anschließender Prüfung auf Verlängerung. Auf Bundesebene braucht es einen
- 24 Mietendeckel nach Berliner Vorbild.

- 25 Doch es reicht nicht, den Mietenwahnsinn nur einzudämmen – der Wohnungsmarkt
- 26 muss grundsätzlich neu ausgerichtet werden. Berlin braucht eine
- 27 Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne wie Deutsche Wohnen & Co. Wir
- 28 fordern den schwarz-roten Senat auf den Volksentscheid Deutsche Wohnen Co.
- 29 enteignen umzusetzen und fordern weitergehende rechtliche Prüfungen von weiteren
- 30 Möglichkeiten von Vergesellschaftung. Nur so kann sichergestellt werden, dass
- 31 Wohnraum nicht länger als Spekulationsobjekt dient. Gleichzeitig dürfen keine
- 32 öffentlichen Wohnungen mehr privatisiert werden – langfristig müssen mindestens
- 33 70 % des Wohnraums in landeseigener oder genossenschaftlicher Hand sein.
- 34 Landeseigene Unternehmen müssen demokratisiert, beispielsweise durch
- 35 Mieter*innenbeiräte, werden.

- 36 Leerstand und spekulativer Wohnungsbesitz müssen konsequent bekämpft und
- 37 sanktioniert werden. In einer Stadt in der Wohnraum knapp ist, darf es keinen
- 38 Leerstand geben. Gebäude, die über sechs Monate leer stehen, sollen
- 39 vergesellschaftet und für soziale Wohnprojekte genutzt werden.

- 40 Wohnraum ist in Berlin nicht nur teuer, sondern auch knapp. Deshalb braucht es
- 41 eine Neubauoffensive der landeseigenen Wohnungsunternehmen. Diese soll auch den

42 Anteil des Wohnraums in öffentlicher Hand dauerhaft erhöhen. Klar ist auch: Wenn
43 Bauen billiger ist, kann mehr (günstiger) Wohnraum entstehen. Bauvorschriften,
44 die nicht dem Klimaschutz oder der Barrierefreiheit dienen, müssen, wo sinnvoll,
45 reduziert werden.

46 Bauen ist bisher sehr klimaschädlich und weit vom Ziel der Klimaneutralität
47 entfernt. Insbesondere beim Neubau muss deshalb klimagerecht gebaut werden.
48 Neben dem Neubau muss auch andere Möglichkeiten zur Schaffung von Wohnraum
49 genutzt werden: Büroflächen sollen zu Wohnraum umgebaut werden, es muss mehr
50 Anreize zum Substanzerhalt und zu Bauen im Bestand geben. Zudem braucht es ein
51 gesetzlich verankertes Recht auf Wohnungstausch unter gleichbleibenden
52 Mietkonditionen. Schließlich muss der Neubau endlich am Bedarf ausgerichtet
53 werden, anstatt den Immobilienmarkt weiter mit Luxuswohnungen zu füttern.

54 Landeseigene Wohnungsunternehmen müssen verpflichtet werden, ihre Neubauplanung
55 langfristig an soziale Bedarfe anzupassen. Damit auch private
56 Immobilienentwickler zu mehr sozialem Wohnungsbau verpflichtet sind, fordern wir
57 eine Ausweitung des Neuköllner Modells auf ganz Berlin und eine Erhöhung der
58 Quote für mietpreisgebundenen Wohnraum im Berliner Modell auf 50%. Der Neubau
59 von Mikroapartments soll berlinweit verboten werden.

60 Bei der Neuvermietung von Gewerbeflächen der LWUs sind Organisationen der Freien
61 Wohlfahrtspflege prioritär zu berücksichtigen. Träger aus der freien Wohlfahrt
62 haben bei der Anmietung von Gewerbeflächen immer Vorrang vor potenziellen
63 Mietern aus der Privatwirtschaft. Als Eigentümer und Gesellschafter der LWUs
64 setzt das Land Berlin in diesem Zusammenhang ein Verfahren auf, das rechtssicher
65 gewährleistet, dass die Gewerbemieten für Träger der Freien Wohlfahrt einem
66 eigenen Leistbarkeitsprinzip unterliegen. Auch die Umwandlung von Gewerbeflächen
67 in Wohnraum muss erleichtert werden, damit ungenutzte Bürogebäude nicht weiter
68 leer stehen, während tausende Menschen eine bezahlbare Wohnung suchen.

69 Wohnungs- und Obdachlosigkeit sind keine individuellen Schicksale, sondern das
70 direkte Ergebnis einer kapitalistischen Wohnungspolitik, die Profite über
71 Menschen stellt. Während Immobilienkonzerne mit Wohnraum spekulieren und
72 tausende Wohnungen bewusst leer stehen lassen, werden immer mehr Menschen aus
73 ihren Wohnungen verdrängt oder finden erst gar keinen Zugang zu sicherem
74 Wohnraum. Diese Krise ist politisch gemacht – und sie kann nur politisch gelöst
75 werden!

76 Wir fordern daher das Verbot von Zwangsräumungen, den massiven Ausbau von
77 Housing First-Projekten, ausreichende Ausstattung und Unterstützung von
78 Notunterkünften, die langfristige Perspektiven bieten - dazu gehört
79 psychologische Betreuung, medizinische Versorgung, Dolmetschangebote und
80 Unterstützung beim Übergang in eine dauerhafte Wohnsituation.

81 Wir verurteilen die Vertreibung von Menschen in der Obdachlosigkeit durch
82 Polizei, Ordnungsamt und Bahn aufs Schärfste!
83 Kälte und mit dem Klimawandel auch zunehmend Hitze konfrontieren Obdachlose in
84 Berlin mit besonderen Problemen. Es braucht dringend Kälte- und
85 Hitzeschutzpläne und deren konsequente Umsetzung - Ausbau von Kälte- und
86 Hitzebussen, flächendeckende Verfügbarkeit von Wasserspendern, Verfügbarkeit von
87 öffentlichen Orten zum Abkühlen bzw. Aufwärmen sowie kostenlose Versorgung.
88 Menschenfeindliche Architektur soll sofort zurückgebaut werden.
89 Es braucht insbesondere Schutz für marginalisierte Gruppen - das bedeutet
90 geschützte Unterkünfte, gezielte Unterstützungsangebote und Schutzkonzepte.

91 Die Ursache ist systemisch: Das repressive Asyl- und Aufenthaltsrecht treibt
92 Menschen in die Illegalität und so auf die Straße. Wir brauchen ein offenes und
93 menschenrechtsorientiertes Migrationsrecht, um Menschen den Weg in Wohnungen und
94 soziale Unterstützung zu ebnen. Wir brauchen ein menschenwürdiges Sozialsystem,
95 das Wohnungs- und Obdachlosigkeit verhindert. Wohnen ist ein Menschenrecht - und
96 das gilt für alle.

97 Berlin gehört nicht den Investor*innen – Berlin gehört uns allen! Es ist höchste
98 Zeit, den Wohnungsmarkt dem Kapital zu entreißen und Wohnen wieder als
99 Grundrecht durchzusetzen.

100 Jugend braucht (T)Räume – Tempelhofer Feld, Wuhlheide, Emmauswald und queere
101 Jugendclubs erhalten!

102 Jugendliche benötigen Räume, in denen sie sich entfalten, treffen und ihre
103 Freizeit gestalten können – und das ohne Geld zu zahlen. In Berlin sind das
104 Tempelhofer Feld, die Wuhlheide und der Emmauswald wichtige, konsumfreie Orte
105 für junge Menschen. Zudem bieten queere Jugendclubs unverzichtbare Rückzugsorte
106 und Anlaufstellen für LGBTQIA*-Jugendliche. Diese Räume sind jedoch durch
107 städtische Entwicklungspläne und finanzielle Kürzungen bedroht.

108 Das Tempelhofer Feld bleibt in seiner Gesamtheit als öffentlich zugänglicher
109 Freiraum erhalten. Jegliche Bebauungspläne werden abgelehnt, um die Bedeutung
110 des Feldes als Erholungs- und Freizeitfläche für Jugendliche zu sichern.

111 Die Wuhlheide wird als naturnaher Erholungsraum geschützt und wir fordern den
112 Erhalt. Außerdem sind wir gegen den Bau der Tangentialen Verbindung Ost, welcher
113 einen großen Teil der Wuhlheide zerstören würde.

114 Der Emmauswald wird vor jeglicher Bebauung bewahrt, um seine Funktion als grünen
115 Rückzugsort in Neukölln zu erhalten.

116 Die Kürzungen bei den queeren Jugendzentren verurteilen wir. Queere Jugendclubs
117 müssen finanziell und strukturell unterstützt werden, um ihre wichtige Arbeit
118 für queere Jugendliche fortsetzen zu können.

119 Zusätzlich fordern wir weitere konsumfrei Freiräume für Jugendliche,
120 insbesondere in dicht besiedelten Stadtteilen, um dem Bedarf an Treffpunkten und
121 Freizeitmöglichkeiten gerecht zu werden. Wir fordern, dass Jugendliche aktiv in
122 die Planung und Gestaltung von Freiräumen miteinbezogen werden, um
123 sicherzustellen, dass ihre Bedürfnisse und Wünsche berücksichtigt werden.

124 #unkürzbar – Gegen die schwarz-rote Sparpolitik und den Ausverkauf unserer
125 Demokratie

126 Die schwarz-rote Koalition in Berlin streicht Gelder in genau den Bereichen, die
127 jungen Menschen Perspektiven bieten: Bildung, Jugend, Kultur und
128 Demokratieförderung. Diese Kürzungen bedeuten weniger Räume für Begegnung,
129 weniger Möglichkeiten zur Mitbestimmung und weniger Chancen auf eine gute
130 Zukunft. Wer hier spart, zerstört die Grundlagen für ein solidarisches und
131 lebendiges Berlin.

132 Besonders hart trifft es Jugendclubs, politische Bildungsarbeit und
133 Schulsozialarbeit. Viele Jugendclubs stehen vor der Schließung, weil Gelder für
134 Sanierungen gestrichen wurden. In der Jugendarbeit fehlen bereits 50 Millionen
135 Euro – das bedeutet weniger Ferienfreizeiten und weniger Möglichkeiten für

136 Kinder und Jugendliche, sich unabhängig vom Geldbeutel der Eltern zu entfalten.
137 Besonders betroffen sind migrantische Jugendliche, die überdurchschnittlich oft
138 in finanziell prekären Verhältnissen leben. Wenn kostenfreie Freizeitangebote
139 gestrichen werden, trifft das besonders sie, da ihre Familien sich teure
140 Alternativen nicht leisten können. So wird soziale Ungleichheit weiter
141 verschärft und Teilhabe an Bildung und Kultur gezielt erschwert. Schüler*innen
142 aus sozial schwächeren Familien werden benachteiligt, weil Klassenfahrten und
143 außerschulische Angebote gekürzt werden. Während der Lehrkräftemangel immer
144 größer wird, will der Senat 100 Millionen Euro bei den Hochschulverträgen
145 einsparen – das sorgt dafür, dass noch weniger junge Menschen Lehramt studieren
146 können und der Personalmangel an Schulen weiter eskaliert.

147 Auch in der Kultur zeigt sich die soziale Kälte dieser Politik. Über 130
148 Millionen Euro Einsparungen bedeuten, dass viele Kulturprojekte, die jungen
149 Menschen einen Zugang zu Kunst und Kreativität ermöglichen, bedroht sind.
150 Musikschulen, die für viele Kinder oft der einzige bezahlbare Weg sind, ein
151 Instrument zu lernen, verlieren dringend benötigte Mittel. Immer mehr
152 Musiklehrerinnen wechseln den Beruf, weil sie keine sichere Anstellung bekommen
153 – damit verlieren Schülerinnen ihre Lehrkräfte und die Chance auf kulturelle
154 Bildung.

155 Besonders problematisch ist der Angriff auf Demokratie- und
156 Antidiskriminierungsprojekte. Der interkulturelle Verein KiGA e.V., der mit
157 Bildungsprogrammen gegen Antisemitismus und Rassismus arbeitet, steht vor
158 finanziellen Schwierigkeiten. Die muslimisch-jüdische Initiative „meet2respect“,
159 die mit Dialogformaten Brücken zwischen religiösen Gemeinschaften baut, verliert
160 ihre Förderung. Auch die Urania Berlin, ein zentraler Ort für gesellschaftliche
161 Debatten und politische Bildung, ist von Kürzungen betroffen. Gerade
162 migrantische Jugendliche profitieren von solchen Angeboten, da sie oft mehrfach
163 von Diskriminierung betroffen sind. Wer diese Programme streicht, nimmt ihnen
164 wichtige Schutzräume und macht es ihnen schwerer, sich gegen rassistische und
165 soziale Ausgrenzung zu wehren. Diese Angriffe auf Projekte, die aktiv gegen
166 Diskriminierung kämpfen, sind ein direkter Schaden für unsere Demokratie. Denn
167 wo Rassismus, Antisemitismus und Queerfeindlichkeit nicht bekämpft werden, dort
168 gewinnen rechte und reaktionäre Kräfte an Boden. Eine inklusive und vielfältige
169 Gesellschaft braucht starke Strukturen – genau die werden jetzt untergraben.

170 Diese Kürzungen sind nicht nur unsozial, sie sind auch gefährlich. Eine
171 Gesellschaft, die ihren Jugendzentren, Kulturangeboten und Demokratieprojekten
172 den Hahn abdreht, überlässt Jugendlichen Frustration und Perspektivlosigkeit.
173 Rechtsextreme und andere demokratiefeindliche Kräfte nutzen genau diese Lücken
174 aus: Wo der Staat sich zurückzieht, gewinnen sie an Einfluss. Wenn politische
175 Bildungsarbeit gekürzt wird, fehlt jungen Menschen das Rüstzeug, sich gegen
176 rechte Hetze zu wehren. Wenn Jugendclubs und soziale Projekte schließen, suchen
177 sich junge Menschen andere Räume – und finden dort oft Angebote, die nicht für
178 Vielfalt und Demokratie stehen. Sparpolitik ist also nicht nur unsozial, sie
179 öffnet auch Tür und Tor für Rechtsruck und Extremismus.

180 Wir sagen: Das dürfen wir nicht zulassen! Berlin muss in seine Jugend
181 investieren – nicht in Kürzungen, sondern in Zukunft.

182 Unsere Forderungen:

- 183 • Rückgängigmachung aller Kürzungen im Bildungs-, Jugend-, Kultur- und
184 Demokratiebereich.
- 185 • Sicherstellung der Finanzierung von Kinder- und Jugendarbeit,
186 Jugendsozialarbeit und Familienförderung – ohne Abstriche oder
187 Verzögerungen.
- 188 • Garantierte tarifliche Bezahlung für freie Träger im sozialen Bereich.
- 189 • Erhalt und Ausbau von Demokratieprojekten, insbesondere
190 Antidiskriminierungs- und politische Bildungsprojekte wie KiGA e.V.,
191 „meet2respect“ und die Urania Berlin.
- 192 • Keine Streichungen bei den Hochschulverträgen – stattdessen ein
193 ambitioniertes Programm zur Ausbildung neuer Lehrkräfte.
- 194 • Investition von mindestens 20 Millionen Euro in Musikschulen, um
195 Musikschullehrkräfte fest anzustellen und kulturelle Bildung für alle
196 zugänglich zu machen.
- 197 • Keine Einsparungen im Kulturretat – stattdessen eine gezielte Förderung von
198 Kunst- und Kulturangeboten, insbesondere für die Freie Szene.
- 199 • Aufhebung der Schuldenbremse auf Bundesebene, um notwendige Investitionen
200 in Bildung, Kultur und Soziales zu ermöglichen. Die Grünen dürfen dort
201 keine falschen Kompromisse machen!

202 Diese Kürzungen sind ein Angriff auf die soziale und demokratische Substanz
203 Berlins. Wir werden nicht zulassen, dass diese Stadt kaputtgespart wird. Es ist
204 Zeit für Widerstand gegen diese Politik – #unkürzbar!